



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Strukturwandel - Landesverantwortung für Menschen und Umwelt endlich wahrnehmen, Stabsstelle einrichten und Prozesse bündeln

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine Stabsstelle in der Staatskanzlei einzurichten und dazu eine Beauftragte oder einen Beauftragten für den Strukturwandel in der Braunkohleregion Sachsen-Anhalts zu berufen. Die Stabsstelle ist mit Befugnissen, Weisungsrechten, Aufgaben und Ressourcen so auszustatten, dass diese
 - für alle mit dem Strukturwandel zusammenhängenden Prozesse, Projekte, Initiativen und Vorhaben des Landes Sachsen-Anhalt zentrale Ansprechpartnerin ist, diese unterstützt und koordiniert;
 - die Zusammenarbeit und Kommunikation mit den vom Kohleausstieg betroffenen Landkreisen und Kommunen, Bundesländern, dem Bund sowie bestehenden Institutionen zur Umsetzung des Strukturwandels, wie der Metropolregion Mitteldeutschland, unterstützt;
 - die Verhandlungen mit der Kohleausstiegskommission und die Ausarbeitung eines möglichen Staatsvertrages mit Bund und Ländern operativ begleitet;
 - alle gesellschaftlich relevanten Akteure in der Braunkohleregion Mitteldeutsches Revier, insbesondere aus regionalen Institutionen wie der Metropolregion Mitteldeutschland und der Zivilgesellschaft, in die Prozesse auf Bundes- und Landesebene einbindet;
 - bürgerschaftliche Ansätze mit Beteiligung und Teilhabe zur Gestaltung des Strukturwandels in den betroffenen Regionen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen und
 - in diesem Kontext die kommunale Selbstverwaltung stärken.
2. Die Einrichtung, Ausstattung und Aufgabenzuweisung der Stabsstelle stellen sicher, dass sie
 - gemäß der oben angeführten Aufgabenbeschreibung dafür sorgt, dass im Zusammenhang mit dem Strukturwandel sektorübergreifende Rebound-Effekte im Bereich von Treibhausgasemissionen vermieden werden und sich die Entwick-

(Ausgegeben am 23.01.2019)

- lung der Region mit dem planmäßigen Ausstieg aus der Braunkohle im Sinne der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (SDG) vollzieht;
- dem Landtag und der Öffentlichkeit halbjährlich über die Situation in den vom Strukturwandel betroffenen Regionen und über ihre Tätigkeit berichten.

Begründung

Das Bundesland Brandenburg hat bei der Staatskanzlei die hervorgehobene Stelle und Funktion eines Lausitz-Beauftragten eingerichtet und entsprechend ausgestattet. Dies verdeutlicht den Stellenwert und Willen, den Strukturwandel in der betroffenen Region gemeinsam und erfolgreich zu gestalten. In Sachsen-Anhalt fehlen bisher vonseiten der Landesregierung klare Signale, die sich einerseits zum Strukturwandel bekennen und andererseits den Willen herausstellen, für die betroffenen Menschen und Kommunen im Mitteldeutschen Revier soziale und wirtschaftliche Perspektiven zu schaffen. Kohleausstieg und Strukturwandel laufen in Sachsen-Anhalt allgemein unter Wirtschaftsförderung mit vielschichtigen und auch wechselnden Zuständigkeiten. Das ist insbesondere für die Verhandlungen mit dem Bund und bei der Einbindung der lokalen Akteure in Prozesse auf Länder- oder Bundesebene hinderlich. Deshalb ist eine verlässliche, hervorgehobene Position für die Gestaltung und Koordinierung des Strukturwandel-Prozesses erforderlich. Diese ist insbesondere bei den Verhandlungen mit dem Bund (Kohleausstiegskommission) und den anderen Kohle-Ländern über Investitionen, Förderprogramme, Projekte etc. sowie der operativen Zusammenarbeit mit dem Land Sachsen entscheidend.

Gleichzeitig dürfen mit der Bewältigung des Strukturwandels keine neuen Probleme geschaffen werden, denn der Ausstieg aus der Braunkohle erfolgt aus Klimaschutzgründen. Daher sind nur jenen Projekten und Maßnahmen Fördermittel zu gewähren, die eine echte nachhaltige Entwicklung gewährleisten, das heißt, nur für umwelt- und klimafreundliche und damit emissionsarme Strukturwandelmaßnahmen, die selbst auch den Klima-Test erfolgreich bestehen. Dazu ist auch eine Technikfolgenabschätzung erforderlich.

Die Stabsstelle soll den Strukturwandel- und Mittelvergabeprozess so steuern und moderieren, dass das Geld bei den Vor-Ort-Initiativen, insbesondere auch jenen, die sich seit mehreren Jahren ernsthaft mit der Gestaltung des Strukturwandels befassen, ankommt.

Das Land Sachsen-Anhalt und das Mitteldeutsche Revier brauchen ein verlässliches Ausstiegsszenario, das ambitionierte Klimaschutzziele erfüllt. Erst dann lässt sich sagen, für wie viele Menschen, wann neue attraktive Arbeitsplätze zur Verfügung stehen und in welchem Zeitraum welche Energie-Strukturen neu entstehen müssen. Wir können beim Klimaschutz nicht länger warten, weil wir sonst die Anstrengungen und Zwänge für kommende Generationen massiv erhöhen und die ganze Welt mit Egoismen für die nachfolgenden Generationen in Gefahr bringen.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender